



STRESSTEST FÜR DIE DEMOKRATISCHE IDEE

STRESS TEST FOR THE DEMOCRATIC IDEA

DR. KRISTINA EICHHORST

Koordinatorin Krisen- und Konfliktmanagement, Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung

Coordinator of the Crisis and Conflict Management Team, Department of European and International Cooperation, Konrad-Adenauer-Stiftung

DAS KRISENJAHR 2015

In jüngster Zeit gab es kaum ein Jahr mit einer solchen Vielzahl von Kriegen und Konflikten wie 2015: Hierbei zog der Nahe und Mittlere Osten mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt, dem Krieg in Syrien und dem Irak sowie Kämpfen in Afghanistan die stärkste Aufmerksamkeit auf sich. Zugleich aber wurden auch im Südsudan und im Jemen Kriege geführt, Libyen und Burundi von Gewalt heimgesucht, waren Staaten wie Tunesien und Ägypten terroristischen Anschlägen ausgesetzt. Neben „jungen“ Konflikten, wie jenem in Mali, brachen auch alte Gegensätze erneut auf, so u.a. der türkisch-kurdische. Nichtstaatliche Akteure wie Boko Haram oder Al-Shabaab forderten staatliche Autoritäten heraus. Zugleich zeigten sich (erneut) „klassische“ zwischenstaatliche Konflikte, etwa im iranisch-saudischen Gegensatz, der Krise im südchinesischen Meer oder den Spannungen zwischen Russland und der NATO. Der Konflikt mit dem „Islamischen Staat“, mit dem Verhandlungen nicht möglich sind, erforderte militärisches Engagement dort, wo Europa zuvor lieber einen Kom-

THE 2015 CRISIS

There has hardly been a year in recent memory with so many wars and conflicts like 2015. The Near and Middle East attracted the most attention, with the Israeli-Palestinian conflict, the war in Syria and conflict in Iraq, as well as further afield in Afghanistan. But wars also smouldered in South Sudan and Yemen, Libya and Burundi were riven with violence, and countries such as Tunisia and Egypt were hit by terrorist attacks. Aside from “young” conflicts such as the one in Mali, old antagonism also reared its head again, for example between Turks and Kurds. Non-state actors like Boko Haram or Al-Shabab are challenging government authorities. At the same time “classic” interstate conflicts again manifested themselves, be it between Iran and Saudi Arabia, the crisis in the South China Sea or tension between Russia and NATO. The conflict with the so-called Islamic State, where negotiations are out of the question, required a military response in an area where Europe would have preferred to have found a compromise much sooner. Violence did not stop at

promiss gesucht hätte. Mit den Auseinandersetzungen in der Ukraine und den Anschlägen von Paris und Kopenhagen machte die Gewalt auch vor Europa nicht halt. Die Flüchtlingsströme und deren Auswirkungen auf die Europäische Union schließlich bewiesen, dass nicht jede Krise Gewalt erfordert, um potenziell existentielle Auswirkungen auf politische Gebilde zu haben.

Damit zeigt der Blick auf das Jahr 2015, dass die Demokratie vielerorts zum Opfer von Kriegen und Konflikten wurde. Mancherorts aber hat erst das Versagen der demokratischen Idee zur Gewalt geführt. Dies gilt v.a. dort, wo der Übergang zur Demokratie versucht wurde, die Neuverteilung von Macht und Ressourcen aber scheiterte. Und es lässt sich feststellen: Dort, wo sich die Demokratie in der Praxis nicht durchsetzen konnte, geriet sie auch in der Theorie in die Defensive. Anstatt den Fehler in der Umsetzung zu suchen, wurde mancherorts das demokratische Ordnungsmodell per se verworfen. Radikale Ideologien breiteten sich als Gegenentwurf zum vermeintlich schwachen Demokratiemodell aus. Diese Weltanschauungen – seien es radikal-islamistische oder autoritär-nationalistische – postulieren das Primat des Stärkeren und basieren auf der aggressiven Abgrenzung gegenüber anderen. Sie sind damit per definitionem auf Konflikt ausgelegt. Mit ihrer Verbreitung wurden entscheidende Grundlagen für die beschriebene Gewaltspirale gelegt.

Die mangelnde Überzeugungskraft demokratischer Werte hat sich nicht nur in Ländern gezeigt, die keine demokratische Tradition hatten. Sie deutet sich auch in den gefestigten Demokratien Europas an, wie die Wahlerfolge populistischer Parteien in Europa zeigen. Zwar wird hier das demokratische Ordnungsmodell per se (noch) nicht in Frage gestellt, doch aber seine zentralen Werte, wie Toleranz und Solidarität. Die Folge ist eine politische Polarisierung gepaart mit fragwürdigen „Debatten“ in der Welt des Internets, die die Frage aufkommen lassen, wie etabliert demokratische Überzeugungen in Europa überhaupt sind.

Was daraus folgt ist, dass die „democracy assistance“ – d.h. die internationale Demokratieförderung mit dem Ziel ihrer weltweiten Ausdehnung – ergänzt werden muss durch „democracy advocacy“: die Verteidigung der Demokratie auch dort, wo demokratische Strukturen etabliert sind. Will heißen: zurück zu den Wurzeln. Während sich nach 1989 die irrije Annahme durchsetzte, der Erfolg des demokratischen Modells spräche für sich und sei unumkehrbar, steht heute fest, dass Demokratie nicht selbsterklärend ist. Jede Generation muss ihre Werte und Regeln neu lernen, Überzeugungsarbeit muss kontinuierlich geleistet werden. Gerade weil das demokratische Modell politische wie wirtschaftliche Krisen nicht verhindern konnte, seinen eigenen ethisch-moralischen Ansprüchen nicht immer gerecht wurde,

the borders of Europe, either, with confrontation in Ukraine and the terrorist attacks in Copenhagen and Paris. Finally the refugee crisis and its impact on the European Union proved that not every crisis needs to be violent to have a potentially existential affect on political entities.

So a review of the year 2015 reveals that in many places democracy fell victim to war and conflict. In some places however it was primarily the failure of the democratic idea that touched off violence. That mostly applied when an attempt was made to move towards democracy but where there was no correspondent redistribution of power and resources. Another valid observation is that in countries where democracy was unsuccessful in practice, the purely theoretical notion of democracy also found itself on the defensive. Sometimes the democratic idea was rejected as a whole instead of looking for the mistakes made when implementing democracy. Radical ideologies spread as an alternative to the supposedly weak democratic model. These worldviews, be they radical Islamist and authoritarian nationalist, are based on the principle of might makes right, and on aggressively setting oneself apart. By definition they focus on conflict. As these ideas have spread they helped establish an essential basis for the vicious circle of violence.

The insufficient power of persuasion of democratic values has not just manifested itself in countries lacking a democratic tradition. It is also becoming apparent in established European democracies, where populist parties have made strong gains at the ballot box. While the democratic model per se is not (yet) being called into question, its central values such as tolerance and solidarity are. The outcome is political polarisation paired with dubious online “debates” which raise the question of just how established democratic convictions are in Europe in the first place.

What that means is that democracy assistance, as in promoting democracy internationally with the goal of spreading it around the world, must be complemented by democracy advocacy, as in the defence of democracy where democratic structures have already been established. So we need to get back to the roots. After 1989 many mistakenly assumed that the success of the democratic model spoke for itself. But it is now clear that democracy is not self-explanatory. Every generation must learn its values and rules all over again, while persuasion is an ongoing effort. Especially since the democratic model has not been able to prevent political or economic crises, has failed to live up to its own ethical or moral aspirations, and has failed in some states and is in crisis in others. So it is insufficient to point out how successful it has been so far.

in manchen Staaten gescheitert und in anderen in der Krise ist, hilft nicht mehr nur der Verweis auf seinen bisherigen Erfolg.

Demokratie muss sich beweisen und ideell wie auch praktisch überzeugen. Dort, wo sie punktuell versagt, ihre Prinzipien verletzt und Glaubwürdigkeit verloren hat, muss sie zeigen, dass Transparenz, der Wille zum Lernen und zur Erneuerung ihre Stärke ist. Dort, wo ihre Werte und Ideen gezielt unterminiert werden, muss sie wehrhaft sein und Antworten finden auf anti-westliche Propaganda. Kurzum: Es muss Grundlagenarbeit geleistet werden, um die demokratischen Errungenschaften – Frieden, Freiheit und Stabilität – zu bewahren.

Dieser Auftrag beschränkt sich nicht auf Europa, sondern gilt weltweit. Internationale Demokratieförderung ist kein liberaler Idealismus, sondern in unserem ureigensten Interesse: Die globale Schwäche der demokratischen Idee führt zu globaler Destabilisierung. Ihre Verteidigung und Förderung ist daher der einzige Garant für nachhaltige Stabilität, für Frieden und Freiheit – in Europa genauso wie andernorts.

Dieser Wirkungszusammenhang ist es, der die Stiftung in ihrer internationalen Zusammenarbeit antreibt. Daher hat sie ihre Arbeit 2015 vor allem in Afrika und Nahost intensiviert. Mit dem neuen Regionalprogramm „Sicherheitspolitischer Dialog Subsahara Afrika“ mit Sitz in der Elfenbeinküste wird der wertebasierte Austausch zwischen relevanten Akteuren in Sicherheitsfragen unterstützt. Für unser neues Länderbüro Mali steht besonders die Rückgewinnung des Vertrauens der Bevölkerung in eine sich neu zu festigende Demokratie im Fokus. Neu etabliert wurde auch das Regionalprogramm „Politischer Dialog und Regionale Integration im Südlichen Mittelmeer“ mit Sitz in Tunesien. Es soll dazu beitragen, mit lokalen Partnern Lösungen für die politischen Herausforderungen in der Region zu entwickeln. Darüber hinaus wurde mit der Eröffnung des Auslandsbüros Syrien/Irak (mit Sitz in Beirut und einer Außenstelle in Erbil) ein besonderes Augenmerk auf diesen – aktuell wohl herausforderndsten – Konflikt herbeigelegt.

Für die neuen Projekte gilt das, was auf unsere internationale Arbeit insgesamt zutrifft: Im Dialog mit ihren Partnern arbeitet die Stiftung daran, das demokratische Modell zu fördern, durch Beratung seine Leistungsfähigkeit zu stärken und damit seine Legitimität sowie Glaubwürdigkeit zu unterstützen.

Democracy must prove itself, and convince people at an idealistic as well as practical level. Where democracy has selectively failed, violated its principles, or lost credibility, it must prove that strengths of democracy include transparency, a willingness to learn and an ability for renewal. It has to defend itself where democratic values and ideas are undermined in targeted fashion, and find answers to anti-Western propaganda. In short we must carry out fundamental work so as to preserve democratic achievements like peace, freedom and stability.

This mission is not limited to Europe but applies worldwide. The promotion of democracy worldwide is not liberal idealism but rather one in which we have a vested interest. A weakness in the democratic idea worldwide leads to global destabilisation. Defending and advancing democracy is therefore the only guarantee of long-term stability, peace, and freedom in Europe and elsewhere.

This interdependency is what motivates the foundation in its international work, which is why the Konrad-Adenauer-Stiftung expanded its programmes in particular in Africa and the Middle East in 2015. The new Ivory Coast-based regional programme Security Policy Dialogue in sub-Saharan Africa supports values-based dialogue among stakeholders on security issues. For our new office in Mali the focus lies in particular on re-establishing the people's trust in a democracy that again needs strengthening. Another new project is the regional programme Political Dialogue and Regional Integration in the southern Mediterranean, with offices in Tunis. With the help of local partners, it aims to contribute to the development of solutions for regional political challenges. In addition, the foundation opened a Syria and Iraq office, which is based in Beirut with a branch office in Erbil. It will pay special attention to this trouble spot, which arguably is the most challenging worldwide at the moment.

The same applies to new projects as what matters for our international work in general: In dialogue with its partners, the foundation is focused on advancing the democratic model of governance, providing advice to make it more efficient, and with that supporting its legitimacy and credibility.